

## **PRESSEINFORMATION 07/2025**

Zumeldung zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

### **BWIHK – Claus Paal: Handeln statt Reden – Notwendige Sofortmaßnahmen liegen auf dem Tisch**

Stuttgart, 29. Januar 2025 – „Es ist erstaunlich, wie viele Umfragen und Berichte die Politik noch benötigt, um endlich eine Kehrtwende in der Wirtschaftsagenda einzuleiten. Die Zeit der Ankündigungen und der politischen Rhetorik muss endlich vorbei sein“, fordert Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK). „Die drängendste Aufgabe ist eine sofortige Umkehr. Unsere Betriebe müssen wieder in die Lage versetzt werden, wettbewerbsfähig zu sein. Unser Standort muss wieder attraktiv werden. Vorschläge für Sofortmaßnahmen liegen genug auf dem Tisch. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Viele Investitionen werden nicht wegen fehlender Förderprogramme zurückgehalten, sondern wegen fehlendem Vertrauen. Eine künftige Bundesregierung muss auch gegenüber den überbordenden Regulierungen aus Brüssel klare Kante zeigen. Unsere Konjunkturumfragen zeigen schon lange, dass wir keine Zeit mehr verlieren dürfen.“

Laut der aktuellen Konjunkturumfrage, die derzeit ausgewertet werde, sei in Baden-Württemberg die Kehrtwende aus dem konjunkturellen Abschwung noch nicht in Sicht, so Paal. „Wir werden keine Ruhe geben, bis die Politik den Kurs korrigiert und die Wirtschaft wieder in den Fokus ihres Handelns rückt.“

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Volkswirtschaft  
IHK Region Stuttgart  
Franziska Stavenhagen  
Telefon 0711 2005-1317  
E-Mail: [franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de](mailto:franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de)

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.